

föderativen Beziehungen zwischen den Unionsrepubliken gerichtet sind. Verfassung und Gesetzgebung der UdSSR bieten für die selbständige Verwirklichung der staatlichen Macht durch die Unionsrepubliken und für die Entwicklung eigener Initiative auf allen Gebieten staatlicher Tätigkeit einen weiten Raum. Die Aufgabe besteht nunmehr darin, die materiellen und geistigen Voraussetzungen des Kommunismus unter den Bedingungen einer immer engeren Wechselbeziehung zwischen den Unionsrepubliken und einer immer harmonischeren Verknüpfung ihrer Souveränität mit der Souveränität der Union zu schaffen. „Die ständige Beachtung sowohl der gemeinsamen Interessen unserer Union als auch der Interessen jeder der ihr angehörenden Republiken bildet den Wesensinhalt der Politik der Partei in dieser Frage.“^{4/}

Bei der Lösung dieser Aufgabe spielen die staatsrechtlichen Formen der Beziehungen zwischen den Republiken auf dem Gebiet der Leitung und Planung von Wirtschaft und Kultur sowie bei demographischen, ökonomischen und sozialen Fragen eine wichtige Rolle.

Auf der Grundlage der Beschlüsse des XXIV. Parteitages der KPdSU wird auch diejenige Gesetzgebung vervollkommen, die Stellung und Rolle wichtiger Glieder im Gesamtsystem der sozialistischen Demokratie — wie die Gewerkschaften, den Leninschen Komsomol, die Arbeitskollektive, die Organe der Volkskontrolle und andere Massenorganisationen der Werktätigen — betrifft. Die neuen Gesetze sind dazu berufen, die Mitwirkung der Werktätigen an der Leitung der Gesellschaft über ein verzweigtes Netz dieser Organisationen noch auszubauen.

Ein wichtiger Komplex der Vervollkommnung der sowjetischen Gesetzgebung ist die Entwicklung des Systems der Gesetze über die Rechte und Freiheiten der Bürger. In den Grundlagen der Gesetzgebung über die Arbeit, über Ehe und Familie, über den Gesundheitsschutz, im neuen Kolchosmusterstatut sowie in anderen Gesetzen und Normativakten sind zahlreiche Bestimmungen enthalten, die die persönlichen Rechte und Freiheiten der Bürger in den verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Lebens verankern: bei der Arbeit, im Alltagsleben, in den Beziehungen mit staatlichen Organen usw. Dabei ist zu betonen, daß die neue sowjetische Gesetzgebung neben der Fixierung und Organisation der Rechte und Freiheiten der Bürger auch ihren juristischen Garantien, d. h. ihrer realen Verwirklichung, große Aufmerksamkeit widmet. Besonders erwähnt seien in diesem Zusammenhang die Grundlagen der Arbeitsgesetzgebung, die für die Arbeitsbedingungen in der UdSSR ein hohes Niveau festlegen.^{5/}

Zugleich zieht sich durch die neue Gesetzgebung der Gedanke, daß die Gewährung umfassender Rechte für die Sowjetbürger und deren gesetzlicher Schutz auch die strikte Pflichterfüllung aller Bürger gegenüber der Gesellschaft, eine hohe Organisiertheit und bewußte Disziplin voraussetzt.

Vervollkommnung der Wirtschaftsleitung und der Arbeitsorganisation

In den Parteitagmaterialien ist auch die Vervollkommnung der Gesetzgebung über die Leitung der Volkswirtschaft, über die Regelung wirtschaftlicher Beziehungen, über die Stimulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Überführung der Errungenschaften von Wissenschaft und Technik in die

^{4/} Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag, S. 103.

^{5/} Vgl. hierzu im einzelnen Kunz, „Bedeutende Weiterentwicklung des sowjetischen Arbeitsrechts“, NJ 1971 S. 20 ff. — D. Red.

Produktion festgelegt worden. Partei und Staat betrachten — wie im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag hervorgehoben wurde — Leitungsprobleme in erster Linie als politische Probleme: „Es geht im Grunde genommen darum, wie wir die Tätigkeit der Gesellschaft zur Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung besser organisieren, die vollständigste Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten sichern und die Hunderttausende Kollektive und Dutzende Millionen Werktätige noch enger um die Hauptziele der Parteipolitik zusammenschließen.“^{6/}

Aus den Beschlüssen des XXIV. Parteitages ergibt sich die Notwendigkeit, Normativakte zu erlassen, die auf allen Leitungsebenen den Umfang und das Verhältnis von Rechten und Pflichten der Leitungsorgane und der Funktionäre exakt festlegen, zur Beseitigung der Vielstufigkeit in der Leitung beitragen und die ökonomischen Stimuli in der Wirtschaftstätigkeit verstärken. Der Konzentration der Produktion durch die Schaffung von Produktionsvereinigungen sowie von Kombinat, die in der Perspektive zu entscheidenden, nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitenden Gliedern der gesellschaftlichen Produktion werden müssen, wird große Bedeutung beigemessen.

Auch Normativakte, die die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Betrieben, Vereinigungen und Dienststellen regeln (z. B. Lieferordnungen, Verordnungen über das Verfahren der Planung von Bau- und Montage-, Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, über das Abnahmeverfahren fertiggestellter Bauobjekte mit industrieller Bestimmung zur Inbetriebnahme u. a.), nehmen einen wichtigen Platz in der neuen sowjetischen Gesetzgebung ein. Am 23. Dezember 1970 verabschiedeten das Zentralkomitee der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR einen speziellen Beschluß „Über die Verbesserung der juristischen Tätigkeit in der Volkswirtschaft“, der Partei- und Staatsorgane verpflichtete. Maßnahmen zur Erhöhung des Niveaus der juristischen Tätigkeit und zur strikten Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit in den Betrieben und Organisationen zu ergreifen sowie die juristischen Mittel für eine erfolgreiche Lösung der Aufgaben bei der Erhöhung der ökonomischen Effektivität der gesellschaftlichen Produktion, für die Festigung der Staatsdisziplin und für die Erfüllung der Planaufgaben und vertraglichen Verpflichtungen breiter auszunutzen. Die besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf die strikte Einhaltung der Gesetze, die die Wirtschaftstätigkeit regeln, auf die Rolle der Verträge zur Verbesserung der Arbeit der Betriebe und Organisationen, auf die verstärkte Sicherung des sozialistischen Eigentums und auf die erhöhte Rolle der Organe der Arbitrage unter den neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung.

Lenin lehrte, daß es notwendig ist, die Wirtschaftspolitik „möglichst fest gesetzlich zu verankern, um jede Möglichkeit einer Abweichung davon auszuschalten“^{7/} In Übereinstimmung mit diesem Hinweis wird die Vervollkommnung der Wirtschaftsgesetzgebung zur Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion, zur konsequenten Verwirklichung der Wirtschaftsreform und der damit verbundenen neuen Leitungsmethoden der Volkswirtschaft beitragen. Diese beruhen auf strikter Disziplin und Verantwortung aller Glieder der Wirtschaftsleitung, auf der realen Bewertung des Arbeitsbeitrags jedes Werktätigen und jedes Produktionskollektivs und auf der Erweiterung der Selbständigkeit und der Rechte der Betriebe und Wirtschaftsorganisationen.

^{6/} Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU, S. 89.

^{7/} Lenin, Werke, Bd. 33. S. 375.